

Bresener Zeitung.

Einundneunzigerster Jahrgang.

Auⁿ-oneen
Annahme-Bureaus.
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wübelstr. 17)
bei C. H. Ulrich & Co.
Breitestraße 20,
in Grätz bei J. Strelitz,
in Meseritz bei Th. Matthias,
in Breslau bei J. Jadesohn.

Mr. 326.

Das Abonnement auf dieses Blatt kostet 25 Pf. pro
Jahr. Einzelne Blätter beträgt vierzig Pfennig für die Stadt
Bresen 4 Pf. Mark für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des Deut-
schen Reiches an.

Sonnabend, 10. Mai.

In jeder 20 Pf. die sechsgeschaltete Zeitungsseite oder deren
Raum, Beblättern verhältnismäßig höher, sind an die
Expedition zu senden und werden für die am fol-
genden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis
5 Uhr Nachmittags angenommen.

1884.

Amtliches.

Berlin, 9. Mai. Der König hat den Landgerichtsrath Braun-
behrens in Hannover zum Ober-Landesgerichtsrath in Celle, den Land-
gerichtsrath Dr. jur. Römer in Frankfurt a. M. zum Director des
Landgerichts Basel, den bisherigen ordentlichen Professor an der
Universität Heidelberg, Dr. L. Fuchs zum ordentlichen Professor in der
philosophischen Fakultät der königlichen Universität Berlin, sowie die
Gerichts-Ämter Tropowitz und Herberg zu Amtsräten ernannt.
Bei dem Gymnasium zu Altona ist der ordentliche Lehrer Möller
zum Oberlehrer befördert worden.

Der Rechtsanwalt Matthäi in Alsfeld ist zum Notar für den Bez-
irk des Landgerichts zu Hildesheim, mit Anweisung seines Wohnsitzes
in Alsfeld, und der Rechtsanwalt Höhn in Siegburg zum Notar für
den Amtsgerichtsbezirk Trier im Landgerichtsbezirk Trier, mit Anwei-
sung seines Wohnsitzes in Schweich ernannt worden.

Dem bisher bei dem Polizei-Präsidium in Berlin angestellten Bau-
inspektor Böhni ist eine Lokal-Bauinspektorstelle bei der Königlichen
Ministerial-Baukommission hier selbst verliehen worden. Der bisher
bei der Regierung zu Köslin angestellte Bauinspektor Launer ist in
eine Lokal-Baubeamtenstelle bei dem Polizei-Präsidium zu Berlin ver-
sezt worden.

Deutscher Reichstag.

23. Sitzung.

Berlin, 9. Mai. Am Tische des Bundesraths: Der Reichskanzler
Fürst Bismarck, v. Puttkamer, v. Nositz-Wallwitz,
v. Schelling, Bronsart v. Schellendorf.

Präsident von Levezow eröffnet die Sitzung um 11 Uhr
20 Minuten.

Das Haus setzt die zweite Beratung des Gesetzes, betr. die Ver-
längerung des Sozialistengesetzes, fort.

Abg. Richter (Hagen): Der Standpunkt des Abg. v. Minnigerode, wie er sich in seiner gefriegen Rede gezeigt hat, ist ein möglichst
einfacher. Wo es Uebelstände gibt, wünscht er ein Polizeigesetz und
wo dies nicht genügt, dann eine Verstärkung desselben. Dann hat der
Redner den Abg. v. Stauffenberg gegen uns zitiert, aber hinzuzufügen
vergessen, daß Abg. v. Stauffenberg gleichzeitig mit jener Neuerung
Diäten für die Reichstagabgeordneten gewünscht. Es kann doch nicht
Redner als Majoratsberuf geboren werden (Heiterkeit) — es sind mit
Ausnahme von fünf Mitgliedern nur Rittergutsbesitzer und Beamte in
der konservativen Partei. Diese konservative Partei hat auch viel mehr
Geld als wir, das hat sie bei ihrer Agitation zu den Wahlen in Berlin
gezeigt. Abg. v. Minnigerode wirkt mir Benutzung der Stichwahlen
vor — er ist doch aber selbst das Produkt einer Stichwahl (Heiterkeit).
Zur Sache übergehend freue ich mich, daß jetzt eine Vorlage gegen
Dynamitattentate etc. eingebracht ist — damit ist das Gebiet des ge-
meinen Rechts betreten. Das verlangen wir auch dem Sozialisten-
gesetz gegenüber, von dem übrigens neun Zehntel von Allen, die dafür
stimmen, nicht wissen, was darin steht. Die Vorbereitung eines Dyna-
mitattentates gelegentlich der Niedermals-Denkmalfeier hat statt-
gefunden unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes — nur die feuchte
Witterung hat das Gelingen des furchtbaren Verbrechens verhindert.
Dieser Versuch, der wahrlich kein Kinderspiel, hat gegenüber den Ein-
zelverbrechen eines Nobiling etc. den gemaligen Charakter eines Kom-
plots, einer Verschwörung! Da liegt es doch nahe zu untersuchen, ob
nicht gerade das Sozialistengesetz zu solchen Verschwörungen führt.
Der große Apparat der Geheimpolitik hat Vorbereitungen zu dem
Attentate am Niedermals-Denkmal nicht verhindern können. In
einem jüngst hier verhandelten Prozeß hat Polizeirath Rumisch selbst
ausgelegt, daß die Regierung Agenten beauftragt, die in den Sozialisten-
verammlungen „mitschimpfen“ sollen! — Abg. Marquardt hat
gestern gemeint, daß Sozialistengesetz habe das Verhältnis von Ar-
beiter und Arbeitgeber gebeffert. Hat er denn ganz die Verhältnisse in
Berlin übersehen, wo trotz des kleinen Belagerungszustandes die Stim-
mung der Arbeiter eine sehr kriegerische ist? Soll ich ihn erst daran
erinnern, daß die polizeiliche Willkür, mit der Versammlungen grundsätzlich
ausgelöscht wurden, die größte Erschütterung in Berlin erregt? Früher
fanden die Kongresse und Wahlversammlungen öffentlich statt, jetzt im
Geheimen — das ist schon eine ungeheure Handlung und das Soziali-
stengesetz treibt die Sozialisten immer mehr auf die ungesetzliche Bahn.
Wir sind geneigt, Bestimmungen gegen Überschreitungen zu geben.
Wenn man uns nachweist, daß das gegenwärtige Vereinsgesetz nicht genügt,
find wir bereit, es zu verschärfen, und so wollen wir überhaupt gegen
alle Überschreitungen gesetzlich vorgehen. Sie belägen die Erregung,
die sozialistische Presse beseitigt — aber glauben Sie, daß die
Angriffe der Konservativen auf die liberalen Abgeordneten einen gerin-
geren Hintergrund hervorrufen? Täglich erhalte ich Drohbriefe, einmal empfing ich sogar ein Todesurteil gegen mich, daß mit einem Hoch auf
den Fürsten Bismarck endigt. (Heiterkeit.) Und die Agitation der
Antisemiten hat einen solchen Hintergrund entfacht, daß zu seiner Besän-
ftigung sogar Militärmannschaften requirierte werden mußten. — Minister
v. Puttkamer hat jüngst ein Buch des Abg. Bebel zitiert. Das Buch
zeigt, wie völlig die sozialistische Endidee dem menschlichen Charakter
widerspricht — aber wir Alle sind ja durch dieses Gesetz außer Stande,
es zu widerlegen. Herr v. Minnigerode hat uns vorgemahnt, wir hätten
den Arbeitern gesagt, sie seien der Staat. Wir meinen damit, daß
auch von der Tätigkeit der Arbeiter die Kulturtwicklung des
Staates abhängt. Und haben die Sozialisten nicht recht, wenn sie
sagen, daß die Versuche des Staates, soziale Reformen zu schaffen,
nug sind? Wollte die Regierung ihr jetzige Prinzip konsequent
durchführen, so müßte sie auch die Bäderei, den Holzvertrieb u. dergl.
verstaatlichen. — Abg. v. Minnigerode wirkt der Fortschrittspartei vor,
daß sie die Unzufriedenheit vermehre. Ist die Fortschrittspartei Schuld
an der Auswanderung der Unzufriedenen aus Westpreußen? Sind es
nicht vielmehr die konservativen Vorrechte, der Besitz der toten Hand,
die daran Schuld sind? Wenn das ausbrechende Dammwild die
Bauerngüter verwüstet, sind wir daran Schuld oder die Konservativen,
die die in der zweiten Periode im Abgeordnetenhaus errichtete Gatter
wieder niedergeissen haben? (Lebhafter Beifall links, Rufe rechts: „Zur Sache!“)
Und denken Sie doch an die Briefe des Reichskanzlers an die Bauern? Glauben Sie, daß die weniger Erregung verursachen, als einst die
Briefe Lassalle's an die Arbeiter? Die gleiche Ursache, die gleiche Wir-
kung! — Ich schließe: mag das Sozialistengesetz verlängert werden oder
nicht — die jetzige konservative Regierung ist nicht im Stande, die
soziale Frage zu lösen. (Lebhafter Beifall links.)

Güten des Gesetzes erklärt hat und daß diesenjenigen, die es zu Falle
bringen, einen schweren Stand vor dem Areopag ihrer Wähler haben
werden. (Beifall rechts.)

Fürst Bismarck: Ich habe in der ersten Diskussion bereits ein-
gebend diese ganze Frage behandelt, so daß ich mich auf einige Zusätze
beschränken kann. Es ist in der Kommission die Frage angeregt wor-
den, ob nicht in Gemeinschaft mit den anderen Staaten eine internationale Vereinbarung gegen politischen Mord zu Stande gebracht
werden könnte. Diese Frage ist bereits 1881 angeregt und erwogen
worden — ich erlaub mir, Ihnen ein Schreiben Seiner Majestät des
Kaisers vorzulegen, welches im März 1881 mir zugegangen ist. (Redner
liest einige Stellen.) Sie finden hier also denselben Gedanken durch-
geführt, den Abg. Windthorst damals angeregt hat. Wir haben
damals Russland, als der am meisten beteiligten Macht, die Initiative
überlassen, indem wir uns an einer Konferenz zu beschließen verstanden.
Russland und Österreich erklärten sich zur Beschließung der Konferenz
bereit, Frankreich und England lehnten es ab, die Konferenz kam nicht
zu Stande. Wir versuchten dann lange Zeit hindurch, mit jenen
Staaten ein Abkommen zu Stande zu bringen, wodurch die Privilegien
der politischen Mörder etwas verringert werden sollten. Wir wollten
diesen Vorschlag der Ansicht, als ob politische Verbrecher vor anderen
etwas voraushaben sollten, von den europäischen Völkern haben. Es
ist jedoch nur zwischen Deutschland und Russland zu einer Einigung
gekommen. Gegen den Gedanken, daß Deutschland allein ein Dynamit-
gesetz machen sollte, erhoben sich Anfangs technische Bedenken. Ich
habe dann die Sache eine Zeit lang aus dem Auge verloren, da ich
in Folge meiner Krankheit meine Tätigkeit auf ein Minimum be-
schränkt musste. Jetzt haben Sie die Initiative zu dem Gesetz ge-
geben, wir sind Ihnen dafür dankbar. Aber das Sozialistengesetz
wird dadurch nicht überflüssig, die allgemeine Gefahr wird von dem
Dynamitgesetz nicht tangiert. Die Sorge, als ob die Regierung nicht
für das Wohl der Bürger genügend eintrete, macht beide Gesetze nötig.
— Mehrere Redner haben Vergleiche gezogen zwischen den Folgen
der russischen Staatsmonarchie und dem deutschen Sozialistengesetz.
Russland und Deutschland ist doch etwas ganz anderes. In Rus-
sland sind die Arbeiter gut kaiserlich, sie schlagen die Nihilisten tot.
Die Nihilisten sind ein Studenten-Proletariat, hervorgegangen aus der
Überproduktion an Halbgülden, es sind unzufriedene Offiziere. Der
russische Nihilismus ist eine Abart des Fortschritts (Heiterkeit rechts),
der Arbeiter in Russland ist noch sorgenfrei. Der russische Nihilismus
bekundete sich am charakteristischsten in dem Prozeß der Vera Sash-
litich. Die allgemeine Meinung hat sich inzwischen gegen die Nihilisten
gewandt. Deutschland ist aber über den Nihilismus hinaus. Vor-
gestern waren es 18 Jahre, daß Blind gegen mich ein Attentat aus-
führte — Blind war kein Arbeiter, ein Student. Wer sich der da-
maligen Zeit erinnert, wird wissen, wie die fortschrittlichen Blätter
moralisch förmlich entrüstet waren, daß ich mich nicht hatte tödi-
scheien lassen. (Heiterkeit links.) Sie lachen wieder, damit in den
Bericht kommt „Gelächter“. Es müßte doch aber immer dabei
beigehen „Gelächter des Abgeordneten so und so“, damit doch jeder weiß, was solch' Lachen zu bedeuten hat. (Beifall rechts.) Seit
jener Zeit aber sind wir in Deutschland doch viel weiter und die
Hinweise auf den russischen Nihilismus sind nicht berechtigt. Was
Sie gegen das Sozialistengesetz sagen, klingt so, als ob man sagen
wollte, die Brandstifter leben fest heimlich ihr Verbrechen aus, deshalb
muß die Brandstiftung straffrei sein, damit sie ihr Verbrechen
auch öffentlich ausüben können. — Wir wollen die öffentliche Agitation
der Sozialdemokraten vermeiden, weil damit auch die Gefahr der So-
zialdemokratie verhindert wird. Wir glauben auch die revolutionären
Tendenzen wesentlich zu beschränken, wenn wir den Arbeitern geben,
was die kaiserliche Wirtschaft verprochen. Sichern Sie dem Arbeiter
Arbeit, so lange er gesund ist, geben Sie ihm Schutz, wenn er frank,
Unterstützung wenn er arbeitsunfähig ist, dann werden die Klagen ver-
stummen. Die Arbeiten der gesetzgebenden Körper sind aber sehr lang-
wierig; das Unfallgesetz hat 179 Artikel, die Kommission ist nach neu-
wöchentlicher Arbeit erst bei dem 42. Artikel. Die Regierung aber wird
nicht nachgeben und wenn wir deshalb bis zum August hier sitzen
müssen, wir werden zur Stelle sein. Sobald wir erst auf dem Gebiete
der wirtschaftlichen Reformen etwas erreicht haben, wird die Zeit ge-
kommen sein, an die Aufhebung des Sozialistengesetzes zu denken. Der
Reichstag kann aber nicht behaupten, daß er uns die Aufgabe der Re-
form und ihre Lösung erleichtert hat. — Wenn Sie aber die Verlängerung
des Gesetzes nicht wollen, so sagen Sie doch einfach Nein! Die
verbündeten Regierungen werden Ihnen dann sofort Gelegenheit geben,
mit Ihren Wählern Rücksprache zu nehmen. (Heiterkeit.) Der Ablehnung des
Gesetzes würde die Auflösung auf dem Tuge folgen, aber am 10. August
würden wir uns ja wiedersehen. Wenn dann aber der neue Reichstag die
Verlängerung gleichfalls ablehnt, dann ist die Regierung erfüllt und kann zusehen, was Sie und Ihre Nachfolger thun. Die Regie-
rung handelt im Interesse des Volkes — lehnen Sie unsere Vorschläge ab,
so übernehmen Sie die Verantwortung für die Rote des Reiches. Der
Wähler hat schließlich darüber zu bestimmen und deshalb thut
man gut, ihn recht bald wieder einmal zu fragen. Die meisten Wähler
glauben freilich noch, daß mit einer Regierung der Fortschrittspartei
noch monarchische Einrichtungen zu verbinden sind. Wenn selbst an
dem grünen Holze des norwegischen Volkes sich zeigt, daß eine solche
Vereinigung nicht möglich ist, wie sollte es möglich sein bei uns, in
unseren großen Städten. Es ist auch die Diätenfrage gestern hier ge-
streift worden. Noch ist mir kein Fall vorgekommen, wobei ein Abge-
ordneter durch die Diäten seitens der Partei betrogen worden. Würde
dies einmal der Fall sein, so würde ich dem Staatsanwalt die Sache
einmal zur Prüfung übergeben. (Heiterkeit.) Den Wählern aber rufe
ich zu: Wollen Sie die Sozialistengefahr los sein, so wählen Sie
keine Fortschrittsme! (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Dr. v. Treitschke führt aus, daß man mit dem Soziali-
stengesetz nur der systematischen Vergiftung des Volksgeistes habe
entgegentreten wollen. Der Widerspruch der Linken gegen die Ver-
längerung des Gesetzes sei begreiflich, denn es gäbe ja Leute, die das
Bedürfnis hätten, von Zeit zu Zeit an ihre Brust zu schlagen und ihr
Ohr am Klange demokratischer Worte zu weiden. Anarchisten unter
den Sozialdemokraten dat es stets gegeben, sie sind nicht ernst die Frucht
des Sozialistengesetzes, wie Abg. v. Stauffenberg behauptet. Was
früher schon Abg. Ross hier im Hause an anarchistischen Reden ge-
leistet, sei doch wohl noch unvergessen. — Abg. Dr. Windthorst sucht
die klare Frage zu verwirren durch das Hineintragen heterogener Dinge.
Wenn den Mitgliedern des Hauses daran gelegen, den Parlamentarismus
vor einem schweren Schlag zu bewahren, so müßten sie der
Verlängerung des Gesetzes zustimmen. (Beifall rechts.)

Abg. Rittinghausen: Die Anschaungen über die Ziele und Zwecke der Sozialdemokratie sind so unrichtig und unzutreffend, daß ich um eine richtige Auffassung hier im Saale hervorzuholen, eine Darstellung der sozialdemokratischen Bewegung in den letzten 40 Jahren Ihnen zu geben verlügen will. Redner gibt nur eine eingehende historische Schilderung der sozialistischen Bestrebungen, aus welcher nachgewiesen werden soll, daß gerade das Sozialistengesetz zu der Wiederaufnahme der schon verlassenen anarchistischen Ideen führen mußte. Redner schwirft — unter großer Unaufmerksamkeit des Hauses — vielfach vom Thema ab und wird vom Präsidenten wiederholt zur Sache gerufen.

Abg. v. Kölle: Abg. Richter hat heute gemeint, die konservativen Kandidaten würden weniger Wahlerfolg haben, wenn die Landräthe und der Reptilienfonds sie nicht stützen würden. Bei der Bedeutung dieses Redners wäre es doch besser, wenn er solche Ausführungen unterließe. Jedes Kind weiß, daß diese Ausführungen nicht zutreffen. (Heiterkeit.) Ich als Landrat muß darüber doch ein klareres Urteil haben, als die liberale Partei. (Große Heiterkeit.) Abg. Richter hat dann von dem Niedermahl-Attentate gesprochen — wenn er wirklich so genaue Kenntnis von der Sache hat, so würde ihm die Regierung sehr dankbar sein, wenn er ihr sein Material mittheile. Und wenn er dann gegen die Konservativen volemisirt, so hat das wohl nur den Zweck gehabt, Unzufriedenheit im Lande zu erregen. Abg. Richter meint, das Programm der Konservativen sei: "Steuern zahlen, dienen, Mund halten" — ich erwähne ihm, sein Programm ist: "Armee abschaffen, Mund weit aufmachen." (Große Heiterkeit.) Ich mende mich der Vorlage zu und erkläre, daß die konservative Partei geschlossen der Verlängerung des Gesetzes zustimmen wird. Abg. Frohne bat gestern gefragt, das Gesetz sei eine Schmach. Ich sage, eine Schmach sind die Zustände, die das Gesetz nötig machen. (Abg. Grillenberger er ruft: "Die Zustände, die Sie geschaffen haben!") Sie können ja nachher sprechen! (Abg. Grillenberger: "Nein!") Der Abg. Grillenberger scheint den Mund immer nur zu unrechter Zeit aufzumachen zu können. (Unruhe links. Obo!) Wenn der Geheimer des Gesetzes theoretische Gründe gegen das Ausnahmengesetz vorführen, so müßten Sie doch diesmal wirklich bereit sein, der Praxis die Theorie zu opfern — dringlich genug ist doch die Sache. Die Sozialdemokratie beklagen sich über die Ausführung des Gesetzes, aber es ist doch nicht zum Späke gegeben. — Welche Mittel werden zur Bekämpfung der Sozialdemokratie von den Gegnern des Gesetzes vorgeschlagen? Abg. Dr. Windthorst stellt sich auf den Boden des Christenthums und ich stimme ihm bei — die Religion ist das beste Schutzmittel vor sozialistischen Ideen. Aber gegen die schon infizierten Sozialisten kann sie nichts mehr ausrichten, da muß die Macht des Staates eingreifen. Die theoretischen Gegner des Gesetzes verlangen für die Sozialdemokratie freie Diskussion, um ihren Lebem entgegentreten zu können. Aber glauben Sie denn, daß man Sie in den sozialistischen Versammlungen überbaute wird zu Worte kommen lassen? Und selbst wenn es der Fall sein würde, glauben Sie dann diejenigen Sozialdemokratie befürworten zu können? — Abg. Windthorst hat eingerufen, Ideen könnten und dürften nicht mundtot gemacht werden. Das ist nur richtig, sobald sie auf gesetzlichem Boden sich bewegen. Ein gewisser Zustand der Ordnung muß festgehalten werden und unter diesem Gesichtspunkte können auch Ideen mundtot gemacht werden. — Ich will gegenüber den gehörten Widersprüchen nun ausführen, daß die Sozialdemokratie nicht so unschuldig sind, wie ihre Mienen hier im Saale glauben machen wollen. (Heiterkeit. Rufe: "Das ist ja Physiognomie!") Es bedarf dazu keiner Wissenschaft, ich habe hier den "Sozialdemokrat" vor mir, das offizielle Organ der deutschen Sozialdemokratie, aus welcher ich Ihnen einige vorführen will. (Redner liest einige Stellen vor; einige Sozialdemokratie rufen: "Das ist ja alt, stand schon in den Motiven von 1878") Nein, das steht im "Sozialdemokrat" von 1882; wenn Sie, was in den Motiven stand, wieder abdrucken, dann ist es doch neu. (Rufe bei den Sozialdemokratien: "Sehr gut!") Ja, sehen Sie! (Große Heiterkeit.) Dann finden sich einige Gedichte, die den Meineid feiern. Und wie behandeln Sie die Monarchie! Es ist schwer, den ganzen Artikel hier vorzulegen, weil die Ausdrücke darin dem Anstandsgefühl widerstreben. Da heißt es "die Monarchie ist auf den Hund gekommen", da finden sich Ausführungen über Se. Majestät, welche jedem anständigen Menschen aufs Neuerste widerstreben. Welche Mittel schlägt nun der "Sozialdemokrat" zur Besserung vor? Er sagt an einer Stelle: "Ja wohl, wir sind staatsfähig, wir belämmern Eure Einrichtungen und wollen sie vernichten!" Abg. Dr. Windthorst hat in der ersten Lesung des Gesetzes gesagt, wenn der gewaltsame Charakter der Sozialdemokratie nachgewiesen wäre, so würde er sich anders zu dem Gesetze stellen. Hier hat er den Nachweis dieser Gewaltksamkeit, welche auch jetzt uns veranlaßt, dem Gesetze zuzustimmen.

Abg. Richter (Hagen): Abg. v. Kölle wird entschuldigen, wenn ich die Beantwortung seiner kleinen Angriffe heute verschiebe und mich dem Herrn Reichskanzler zuwende. Der Herr Reichskanzler beklagt die Heiterkeit, wenn sie auf der linken Seite erschallt, aber niemals über die auf der rechten. Reulich erlangt auf der linken einen Lachen über ein etwas geprägtes Bravo der Rechten. Der Herr Reichskanzler meinte damals, wir hätten einen Tambourmajor zum Lachen uns angeschafft. Wir haben inzwischen auch diese Eigenschaft abulegen uns bemüht, aber wir sind auch nur Menschen. Der Herr Reichskanzler wirkt uns banausisch vor; banausisch ist gewöhnlich — aber als der Herr Reichskanzler das erste Mal in dieser Session sprach, meinte er, wir hätten den Satz "De mortuis nil nisi bene" missbraucht. Das war doch auch nicht schön. — Der Herr Reichskanzler hat dann die Frage der Diäten gestreift. Ich möchte eine Lösung der Frage in dem Sinne herbeiwünschen, daß wie im Abgeordnetenhaus so auch im Reichstage Diäten gezahlt werden. Dann wäre das Mandat nicht mehr ein Privilegium des Geildaches und nicht mehr ein Privilegium der Berliner. Der Herr Reichskanzler hat von den Geldmitteln gesprochen, die zur Wahl von uns verwendet werden. Ach, das ist nur wenig, aber eine große Rolle bei den Wahlen spielt der Reptilienfonds. Wozu wird die Million verwandt, die jährlich „zur Bekämpfung der Unternehmungen des Königs Georg“ zur Verfügung gestellt wird? Die Reptilienpreise wird davon gespeist, sie ist es auch, die den Herrn Reichskanzler selbst über die öffentliche Meinung täuscht. Der Herr Reichskanzler hat dann über die Dynamitvorlage gesprochen und sich dabei im Widerspruch mit Minister v. Puttkamer befunden. Fürst Bismarck hat von der Initiative des Hauses gesprochen, Herr v. Puttkamer aber hat gemeint, daß auch ohne unsere Anregung die Vorlage gekommen wäre. Die Grundlage des Entwurfes ist uns übrigens sehr sympathisch, die Annahme desselben wird keine Schwierigkeiten machen. Dann hat der Herr Reichskanzler von dem Unfallgesetz gesprochen und dem Parlamente Schuld gegeben, daß es so langsam damit abwärts gehe. Es war dies ein Angriff gegen die Majorität des Hauses, gegen Zentrum und Konservative — aber der Angriff war ungerechtfertigt. Jene beiden Parteien haben Ende der Session 1881 einen völligen Entwurf der Unfallversicherung vorgelegt, die Regierungen haben ihn aber abgelehnt. Nachträglich, in der Sitzung vom 9. Jan. 1882, betrachtete der Herr Reichskanzler die Ablehnung seiner früheren Vorlage zu Gunsten der Konservativen für ein Glück und ließ seine Vorlage umarbeiten. Als diese gleichfalls abgelehnt wurde, sandte sie nochmals Ablehnung. Der Herr Reichskanzler arbeitete sie nochmals um und hat jetzt eine neue verbesserte Vorlage eingeführt. Der Herr Reichskanzler hat selbst erklärt, daß seine schwankende Gesundheit ihn oft an der genauen Prüfung hindere — um so mehr aber müssen wir dafür sorgen, daß mit unseren gesunden Kräften ein Gesetz genau geprüft werden und die Vorlage zu Gunsten der Arbeiter verbessert werde. (Beifall links.) Die Schwierigkeit der Vorlage läßt ein schnelles Arbeiten nicht zu, ich muß die konservative Partei gegen den Vorwurf des Fürsten Bismarcks abschützen. Außerdem freilich ist das gestern schon von dem verantwortlichen Reformminister in der "Provinzial-Korrespondenz" geschehen. (Heiterkeit.) Wie gering sind denn die Mittel, die die Regierung für die Arbeiter gewähren kann. Das Unfallgesetz

verspricht 18 Millionen Mark für 2 Millionen Arbeiter, wovon durch das Haftpflichtgesetz schon jetzt 12 Millionen Mark getragen werden — also nur 6 Millionen Mark mehr. Und trotz aller Versprechungen lebt der Exekutor auch heute noch immer und wird bald mehr Arbeit bekommen. Der Herr Reichskanzler sprach vom Segen der Getreide- und Tabakszölle — aber wenn ein Arbeiter für ein Päckchen Tabak jetzt 50 statt 30 Pfennig bezahlt, so fühlt er die Belastung, die den Monat über mehr ausmachen, als der Erlass der Kläffsteuer. — Doch was man der Sozialdemokratie zumeist vorwirkt, ist die Methode. Nun, der Herr Reichskanzler befolgt dieselbe Methode. In seinen Bauernbriefen spricht er von der Ausbeutung der landwirtschaftlichen Arbeiter durch die politischen Parteien — das ist doch ganz sozialistisch. Der Herr Reichskanzler hat gemeint, alle Debatte helfe nichts, es gehe doch nach dem Willen der Fraktionsführer. Ach, Herr Reichskanzler, wenn das doch wahr wäre! (Große Heiterkeit.) Wenn aber Fürst Bismarck den Parteien im Lande und hier im Hause vorwirkt, sie verfolgen nur Parteiinteressen, kann man es dann dem gestern hier erwähnten Müller übelnehmen, wenn er die Mitglieder dieses Hauses "Lumpen und Schafe" nennt? (Großer Beifall) Wenn nach dem Attentate auf den Fürsten Bismarck die Berliner Blätter das Attentat glorifiziert haben, weshalb ist denn der damalige Polizeipräsident, der das duldet, nicht entfernt worden? (Fürst Bismarck: "War auch meine Meinung!" Heiterkeit.) Dieser Mann, den ich übrigens als einen der größten Bewunderer des Fürsten halte, ist noch heute als Regierungspräsident im Amt. Aber ein solches Urteil über Beamte ist nichts Neues, es erinnert an das absäßige Urteil des Herrn Reichskanzlers über die Berliner Steuerbehörde. Herr Cremer ist dann in die Fußstapfen des Reichskanzlers getreten, seine Angriffe sind aber glänzend widerlegt worden. Leider unternahmen die städtischen Behörden keine Widerlegung der Angriffe des Herrn Reichskanzlers. — Das 1866 die Fortschrittspartei gejagt hat, sich für den Krieg zu erklären, war kein Wunder, denn es handelte sich doch immer um einen Bruderkrieg und ich glaube, hier in einem deutschen, nicht allein preußischen Reichstage wäre es besser, alle Erinnerungen an 1866 fallen zu lassen. (Lebhafter Beifall links.) Nach dem Attentate Blinds war, das kann ich verstehen, die Fortschrittspartei, wie alle anderen, auf's Neuerste indignirt über ein solch schußwürdiges Unternehmen! Aber vergessen wollen wir doch nicht, daß die Sozialistenpartei nicht älter ist als das Ministerium Bismarck — weicher Zusammenhang zwischen beiden besteht, wird erst die Zukunft lehren. Hätte aber damals der Herr Reichskanzler nur ein Zehntel seiner jetzigen Energie gegen die Anfänge der Sozialdemokratie verwendet, wir hätten keine Sozialisten mehr. Erst Lassalle, dann nach 1866 Herr von Schweizer, der Abg. Bebel hat es selbst hier einmal gesagt. Und auch aus der heutigen Rede des Herrn Reichskanzlers geht hervor, daß es ihm weniger um Bekämpfung der Sozialdemokratie, als um die der freisinnigen Partei zu thun ist. Man will uns halten, will uns eine Angriffsarmee in den Rücken stellen. Wie wäre auch sonst die Abwehrung der Anträge Windthorst verständlich? Abg. Windthorst kommt dem Herrn Reichskanzler Neigungswanztel des Weges entgegen. Aber man will nicht, man will die Auflösung und den Wahlkampf. Dieser aber bedeutet eine Verdopplung der Sozialistenpartei und dieser Wahlkampf ist erfolgreicher, als wenn Sie hier drei Sozialistengesetze machen. Der Angriff richtet sich allein gegen die Liberalen. 1878 nach den Attentaten waren die Sozialdemokratien in übler Lage, erst der Wahlkampf der anderen Parteien machte ihnen Lust. Und als die Neuwahl beendet war, da kamen die neuen Steuerprojekte; damals hatte der Kanzler auch zwei Majoritäten für sich. Er will aber drei haben; die Konservativen sind immer dabei (Heiterkeit): einmal sollte es dann das Zentrum, ein anderes Mal die Nationalliberalen sein. Der Reichskanzler ist dem Abg. Windthorst gar nicht gram, er will ihm nur gern einen Konkurrenten schaffen, damit er billiger wird. (Heiterkeit.) Woher denn sonst die plötzliche Liebe zu den Nationalliberalen — er schafft es gern in alle Rinden ein! (Große Heiterkeit.) Welche Politik aber eingeschlagen werden soll, wenn erst die Majoritäten da sind, das zeigt sich schon jetzt. Und deshalb wird es bei dem Wahlkampfe sich darum handeln, ob die liberale Partei weiter besteht oder nicht. (Lebhafter Beifall links.)

Reichskanzler Fürst Bismarck: Wenn es sich wirklich darum handelt, ob der Liberalismus eine Zukunft hat oder nicht, so glaube ich, er hat sie nicht. Und ich werde die Möglichkeit der Herrschaft des Liberalismus bis zu meinem letzten Atemzug bekämpfen. (Bravo, bravo! rechts.) Das Recht der Arbeit, das erwähnt worden, erkenne ich an und zwar auf Grund des preußischen Landrechts, das Herr Richter schon um seines Namens willen kennen sollte. (Heiterkeit.) Als 1848 die Arbeitslosigkeit groß war — wer erinnert sich nicht noch der Hebbberger mit ihrem großen Güten? — da hat der Staat es für seine Pflicht gehalten, Arbeit anzubieten und zu schaffen. Abgeordneter Richter wirft mir vor, veranschlagt meine Liebe zu den Nationalliberalen vor. Warum sollte ich sie nicht lieben? Ich bin sehr lange mit den Nationalliberalen gegangen, aber sie wollten schließlich etwas haben (Heiterkeit). Wenn ich mit einer Partei zum Nutzen des Reiches arbeiten kann, dann ist es mir sehr gleich, welche Partei es ist. — Das Amendement Windthorst, meint Abg. Richter, kommt der Regierung 1/2 des Weges entgegen. Ich glaube es nicht und Abg. Richter schließt daraus, daß ich die Fortschrittskinder für gefährlicher halte, als die Sozialisten. Ganz recht, denn das Kind der Fortschrittskinder ist weit gefährlicher, als das Zukunftsmodell der Sozialdemokratie. Ich will die Zeitungen aus der Zeit des Blind'schen Attentats auf mich hervorholen lassen, Abg. Richter wird die Unannehmlichkeit haben, den alten Kohl wieder aufgewärmt zu sehen, aber ich weiß noch genau, was ich damals gelesen habe. — Auf die Ernennung der Regierungspräsidenten habe ich keinen Einfluß, also auch auf die des Regierungspräsidenten v. Bernuth, des Polizeipräsidenten von Berlin, zur Zeit des Blind'schen Attentats und außerdem kann man ein guter Regierungspräsident und ein schlechter Polizeipräsident sein. — Dass es nicht nützlich sei an den Krieg von 1866 hier zu erinnern, gebe ich zu, aber deshalb kann man doch an das damalige Auftreten der Fortschrittspartei erinnern und ich wünsche das sehr, denn sie hat sich doch sehr blamirt. (Heiterkeit rechts.) Es heißt doch den Thatfachen in's Gesicht schlagen, wenn man wie Abg. Richter die Berliner Armenpflege für gut erklärt, die Zeitungen und die in ihren täglich aufgeführten Fällen widerstreiten dem doch gänzlich. Meine Ansichten über die Berliner Verwaltung zu äußern, ist mein Recht als preußischer Bürger. Ich halte die Mietshäuser in Berlin für ganz unberechtigt. — Ein Widerspruch zwischen mir und Minister v. Puttkamer wegen der Dynamitvorlage besteht keineswegs; wir stimmen völlig darin liberein, daß diese Vorlage das Sozialistengesetz nicht entbehrlieb macht. Bei der kostbaren Zeit des Hauses begreife ich nicht, wie man eine solche Sache, wie die von dem Müller, der den Reichstag beleidigt hat, vorbringen kann. (Sehr richtig! rechts.) Mir als Minister darf man auch meine Vorliebe für die Landwirtschaft nicht vorwerfen, Sie müßten jeden Minister fortsetzen, der sich nicht für die Landwirtschaft vornehmlich interessiert. Die Landwirthe würden mehr erreichen, wenn sie sich vereinen wollten. Jetzt haben die Schriftgelehrten, Zeitungsreden, Beamte die Majorität — das Parlament ist aber da, nicht um die Fraktionen zu hören, sondern um das Land zu hören und das ist im gegenwärtigen Zustande nicht möglich. Abg. Richter sagt, ich verfolge sozialistische Ziele. Nun, ich bin doch ein Mann von Einfluß — wenn also die Sozialisten sich doch von mir fern halten, muß doch wohl noch ein Unterschied zwischen uns bestehen. Aber deshalb sollte ich mit Lassalle nicht verbünden? Lassalle war ein sehr liebenswürdiger Mensch, was man nicht von Allen behaupten kann, die ihn überlebt haben. (Heiterkeit.) Was nun die Unfallgesetzgebung betrifft, so habe ich nicht an die früheren Jahren gedacht, aber gerade mein Nachgehen in den früheren Jahren sollte Herrn Richter zeigen, daß ich so eigenständig, so herrschaftlich, wie er glaubt, doch nicht bin. Wir können aber nicht auseinander gehen, ohne das Unfallgesetz erledigt zu haben und deshalb scheint es mir in aller Interesse zu

liegen, die Vorarbeiten zu beschleunigen. — Der Vorredner hat mir dann eingerufen, ich hätte selbst behauptet, mit Polizeigesetzen könnten Attentate nicht verhindert werden. Ja, das soll das Sozialistengesetz auch gar nicht, es soll nur das Volk schützen vor der sozialistischen Agitation. — Wo bleibt die Million aus dem Welfenfonds? fragt Abg. Richter. Ja, das ist eine neugierige Frage (Heiterkeit). Die Vorlesungen gegen welsche Agitationen werden nur für den Fall betrieben, daß in einem großen Kriege Deutschland und Preußen so sehr in die Wanne gehauen würde, daß sich die welsche Partei wieder regen könnte. Außerdem werden, um eine günstige Stimmung in Hannover zu verbreiten, aus diesem Fonds für die zahlreichen Meliorationen in Hannover bestritten; alle Vermögenswerte aus diesem Fonds unterliegen der Genehmigung Sr. Maj. des Königs. — Dann hat der Vorredner die Diätenfrage angeregt; die verblüfften Regierungen haben der Diätenbemüßigung wiederholt widersprochen. Wenn aber privat in den einzelnen Abgeordneten Diäten gezahlt werden, so hat doch das immer einen häßlichen Charakter, man würde in Rußland sagen: „er nimmt“. Wenn Abg. Richter mir das günstige Urteil, das ich einst zum Abg. Windthorst über Fortschrittspartei geäußert, vorführt, so muß ich sagen, ich habe mich geirrt, es war ein diplomatisches Schachzug, der mir möglich ist. (Heiterkeit.) Den Ausdruck „banausisch Gelehrter“ habe ich nicht gebraucht, auch Abg. Hönel nicht banausisch genannt — ich glaube damals die Stimme des Abg. Struve gehört zu haben. (Große Heiterkeit) Jedenfalls aber kann ich auch diese Rede nur mit der Aufforderung an das Land schließen, keinen Fortschrittsmann zu wählen! (Beifall. Heiterkeit rechts.)

Abg. Dr. Windthorst: Die Angelegenheit des Welfenfonds ist hier zur Sprache gebracht worden, deshalb ergreife ich jetzt das Wort. Wir haben in Hannover die Hoffnung auf die Selbständigkeit Hannovers nicht aufgegeben, wir hoffen auf Gott und die Entscheidung der deutschen Fürsten. Der Fonds gehört Hannover. Alles, was man aus ihm nimmt, nimmt man Hannover. Ich erhebe deshalb Protest gegen die Behandlung der Angelegenheit und die Weise, wie sie behandelt werden. (Beifall bei den Welfen.)

Fürst Bismarck: Nicht ich, sondern Abg. Richter hat diese Angelegenheit hier zuerst gebracht; ich mußte also darauf eingehen. Abg. Dr. v. Forckenbeck: Aus dem Umstande, daß in Berlin Menschen Hungers geforben sein sollen, darf man auf die Armenverwaltung in Berlin keinen Vorwurf werfen. So oft die "Norddeutsche Allg. Zeitung" behauptet hat, daß die Armenverwaltung an dem Hungertode Schuld hat, ist dies rechtsrätig als Verleumdung konstatiert worden. (Hört, hört! links.) Es gibt kaum eine zweite Stadt auf dem Kontinent, die eine so vorzügliche Armenpflege hat, wie Berlin. Und ich kann konstatieren, daß nicht nur Liberale, sondern auch Konservative dies wiederholt anerkannt haben. (Beifall links.)

Fürst Bismarck: Ich würde dem Vorredner dankbar sein, wenn er mir die erwähnten Erkenntnisse zustellen wollte; sie sind mir in der That unbekannt. Ich habe nicht irgend welchen Vorwurf gegen die Armenpflege Berlins erhoben, sondern nur gesagt, daß in den großen Städten Selbstmorde aus Nahrungsorgeln sehr häufig sind. Und das ist doch unbestreitbar.

Die Diskussion wird geschlossen.

Personlich bemerk:

Abg. Frhr. v. Frankenstein: Der Herr Reichskanzler hat der Unfallkommission den Vorwurf erhoben, daß sie zu langsam arbeitet. Aber gerade die ersten Paragraphen erfordern sehr viel Prüfung und Arbeit — die Hauptarbeit ist bereits gethan.

Fürst Bismarck nimmt den gegen die Kommission erhobenen Vorwurf zurück.

Abg. Grillenberger: Der Abgeordnete für Kyritz-Pyritz hat mir einen Vorwurf gemacht, der ganz unberechtigt war. Ich mache den Mund nicht halb so weit auf, wie Herr v. Kölle und will nur noch an einen Auspruch des Klabberadatsch erinnern: "Herr von Kölle, es wird immer döller." (Heiterkeit.)

Abg. Galenlever erklärt, daß Abg. Rittinghausen nicht im Namen der Fraktion gesprochen habe.

Abg. Struve: Nach der heutigen Polemik des Herrn Reichskanzlers gegen meine Person behalte ich mir vor, in Zukunft, wenn ich von Äußerungen des Minister spreche, zu sagen, sie kommen aus der Gegend des Reichskanzlers.

Das Haus vertagt sich.

Nächste Sitzung: Sonnabend 12 Uhr.

Tages-Ordnung: 1. und 2. Beratung des Gesetzes, betreffend Belohnung der Mitglieder der Cholera-Expedition; Sozialistengesetz.

Schluss 5 Uhr.

Telegraphische Nachrichten.

Stuttgart, 9. Mai. Nach einem von dem Minister v. Mittlach an den Eisenbahnrath gerichteten Bescheid ist in dem Sommerfahrplan ein direkter Schnellzug von Berlin über Hanau, Stuttgart und Zürich mit Anschluß an die Gotthardbahn eingerichtet; derselbe geht 10 Uhr 20 Min. Nachts von Berlin ab und trifft in Stuttgart 1 Uhr 30 Min. Mittags, in Zürich 8 Uhr 40 Min. Abends und in Mailand 8 Uhr Morgens ein. Ferner fährt ein Schnellzug zwischen Stuttgart und Friedrichshafen mit Anschluß an die Arlbergbahn.

Karlsruhe, 9. Mai. Der Landtag nahm den Gesetzentwurf betreffend Kauf- und Tauschverträge über landwirtschaftliche Liegenschaften an, dahingehend, daß jedem Kontrahenten das Recht zusteht, binnen fünf Tagen vom Vertragsabschluß an einseitig zurückzutreten, wenn der Vertrag nicht notariell beurkundet, grundbuchlich eingetragen oder von dem Bürgermeister abgeschrifft ist.

Wien, 8. Mai. Die Leiche der Kaiserin Maria Anna ist heute Abend 10 Uhr mittels Separatjugs aus Prag hier eingetroffen und auf dem Bahnhofe, wo eine Ehrenkompanie aufgestellt war, von dem Kriegsminister, der Generalität, dem Offizierkorps und von den Hofwürden empfangen worden. Die Überführung der Leiche nach der Hofburg erfolgte nach dem bestehenden Protokoll, in den Straßen war eine große Menschenmenge versammelt, von vielen Häusern wehten Traueraffäne. Um 11 1/4 Uhr erfolgte die Ankunft der Leiche in der Hofburg, wo dieselbe alsbald vom Burypfarrer eingesegnet wurde.

Wien, 9. Mai. Die "Polit. Korresp." meldet: Italien hat die Literar-Konvention mit Österreich gekündigt, wie dies auch anderen Staaten gegenüber bereits geschehen ist oder noch geschehen wird, da Italien die noch aus der Zeit des Königreichs Sardinien stammenden bezüglichen Konventionen mit den veränderten Gesetzegebungen über das geistige Eigentum in Einklang zu bringen wünscht.

Paris, 9. Mai. Der chinesische Gesandte Li-Fong-Pao hat heute zu Ehren des Marquis Tieng, welcher morgen früh nach London abreist, in der chinesischen Gesandtschaft ein Abschiedsessen veranstaltet. Morgen früh 10 1/2 Uhr wird der Gesandte Li-Fong-Pao vom Ministerpräsidenten Ferry in einer Privataudienz empfangen.

Madrid, 9. Mai. Die Neuwahlen zum Senat haben eine große ministerielle Majorität ergeben, dieselbe beträgt einschließlich der dem Senat kraft eigenen Rechts angehörenden oder vom König auf Lebenszeit ernannten Mitglieder 270, nur 90 Senatsmitglieder gehören zur Opposition.

London, 9. Mai. Im weiteren Verlaufe der Sitzung des Unterhauses wurde die Bieheinsfuhrbill in dritter Lesung mit 124 gegen 21 Stimmen angenommen.

Petersburg, 9. Mai. Wie die „Rowost“ mittheilen, soll auf der zum 27. d. M. einberufenen Generalversammlung der Großen Russischen Eisenbahngesellschaft der Bericht, welchen die Revisionskommission über die bei dem Betriebe der Nicolai-bahn vorgelkommenen Mißbräuche aufgestellt hat, zur Sprache gebracht werden.

Mariampol, 8. Mai. Das Bezirksgericht hat von den wegen der Ausschreitungen gegen die Juden in Preußen Angeklagten 21 für schuldig erkannt, dieselben sollen jedoch auf Grund des Manifestes vom 27. Mai v. J. von der Strafe befreit bleiben; weitere 19 Angeklagte wurden freigesprochen.

Helsingfors, 9. Mai. In Borga und Koita ist die Schifffahrt eröffnet.

Kairo, 8. Mai. Depeschen aus Korosko und Dongola bezeichnen die Lage der Dinge in diesen Städten als wenig befriedigend, da die Eingeborenen sich in einer gewissen Unruhe befinden. Da man die dort befindlichen Garnisonen für nicht stark genug hält, sollen zu ihrer Verstärkung einige Abtheilungen egyptischer Infanterie und Kavallerie abgesendet werden.

Kairo, 9. Mai. (Telegramm des „Reuter'schen Bureaus“.) Die französische Regierung hat den Vertreter Italiens bei der Verwaltung der Kasse der öffentlichen Schulden, Baravelli, ersucht, ihr auf der Konferenz als technischer Beirath zu dienen. Der diplomatische Agent Frankreichs ist gleichfalls nach Paris berufen und wird, sobald die Arbeiten der mit der Gerichtsform beauftragten Kommission beendet sind, gegen Ende dieses Monats, dahin abreisen. Der Generalkonsul Barrère bleibt während der Konferenzverhandlungen in Europa und ist, falls von jeder der Mächte 2 Vertreter zu der Konferenz entsendet werden sollten, als zweiter Delegierter Frankreichs in Aussicht genommen.

Kairo, 9. Mai. Angestellt der gegenwärtigen Schwierigkeiten, die Steuern in Ober-Egypten einzuziehen, hat der Ministerialrat beschlossen, Steuerträge in natura anzunehmen. Auch verhandelt die Regierung mit egyptischen Banken wegen eines Vorschusses von 300 000 Pfund zu 5 Prozent, wobei das aus Ober-Egypten für Steuerzahlungen eingehende Getreide als Garantie dienen soll.

Shanghai, 9. Mai. (Telegramm des „Reuter'schen Bureaus“.) Li-hung-Chang überreichte der Kaiserin von China eine Denkschrift, worin er die Nothwendigkeit einer sofortigen Verbündigung mit Frankreich darlegte. Die Kaiserin verief darauf zur Beratung dieser Denkschrift den Staatsrat, zu dem auch Prinz Chun zugezogen wurde. Wie es heißt, hätte der Staatsrat sich gegen die von Li-hung-Chang befürwortete Politik ausgesprochen.

Washington, 9. Mai. Der Senat hat die Schifffahrtsbill genehmigt, welche im Wesentlichen folgende Bestimmungen enthält: Alle Offiziere amerikanischer Schiffe müssen Bürger der Unionstaaten sein, indeß dürfen auswärts gehende Schiffe im Auslande eintretende Passagiere bis zu ihrer Heimkehr durch Ausländer ausfüllen. Wenn in den Unionstaaten Schiffe für fremde Rechnung ganz oder theilweise aus ausländischem Material gebaut worden sind, auf welches der Einfuhrzoll bezahlt worden ist, so wird bei der Ausfuhr der Schiffe der Betrag des entrichteten Zolls unter Abzug von 10 p.C. zurückvergütet.

Berantwortlicher Redakteur: G. Konzane in Posen.
Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Mai.

Datum	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm. 82 m Seehöhe	Wind.	Wetter.	Temp. i. Tels. Grad.
9. Nachm. 2	759,3	W mäßig	halbheiter	+21,5
9. Monds. 10	759,1	SW schwach	heiter	+16,1
10. Morgs. 6	759,5	NW schwach	heiter	+13,1
Am 9. Wärme-Maximum:	+22°7 Tels.			
Wärme-Minimum:	+8°9			

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 9. Mai	Morgens 2,46 Meter.
9.	Mittags 2,48
10.	Morgens 2,52

Telegraphische Börsenberichte.

Bonds-Course.

Frankfurt a. M., 9. Mai. (Schluß-Course.) Glinstig. Bond. Wechsel 20,412. Pariser do. 81,10. Wiener do. 168,00. R. M. S. L. — Rheinische do. —. Hess. Ludwigsb. 110, —. R. R. Br. Anth. 126, —. Reichsbank 162, —. Reichsbank 146, —. Darmab. 155, —. Meining. Bl. 94, —. Delt.-ung. Bank 718,75. Kreditaktien 269, —. Silberrente 68, —. Papierrente 68, —. Goldrente 85, —. Ung. Goldrente 73, —. 1860er Loote 122, —. 1864er Loote 313,00. Ung. Staatbl. 222,00. do. Ostb. Obl. 11, 90, —. Böhm. Westbahn 263, —. Elisabethb. —. Nordwestbahn 153, —. Galizier 239, —. Franzosen 267, —. Lombarden 131, —. Italiener 96, —. 1877er Russen 94, —. 1880er Russen 77, —. II. Orientali. 60, —. Centr.-Pacif. 110, —. Distonto-Kommandit. —. III. Orientali. 60, —. Wiener Bankverein 93, —. 5% österreichische Papierrente 81. Buschtrader —. Export 67, —. Gotthardbahn 108, —. Türk. 9, —. Lubec-Bischener 165, —. Tabaksaktien 116, —.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 269, —. Franzosen 266, —. Galizier 239, —. Lombarden 131, —. II. Orientali. —. III. Orientali. —. Export —. Gotthardbahn 109, —. Spanier —. Marienburg-Marska —. 1860er Loote —. Tabaksaktien —.

Frankfurt a. M., 9. Mai. Effekten-Sozietät. (Schluß.) Kreditaktien 269, —. Franzosen 268, —. Lombarden 131, —. Galizier 240, —. Export 67, —. 4pro. ungar. Goldrente 77, —. 1880er Russen 77, —. Gotthardbahn 109, —. Tabaksaktien —. Marienburger —. Dresdener Bank 128, —. Bahnen —. Fest.

Wien, 9. Mai. (Schluß-Course.) Fest. Renten steigend, Galizier matt.

Papierrente 81,12, —. Silberrente 81,80. Österreich. Goldrente 101,70, —. ungar. Goldrente 122,50. 4pro. ung. Goldrente 92,40, —. 6pro. ungar. Papierrente 89,10. 1854er Loote 124,00. 1880er Loote 137,00. 1864er Loote 173,75. Kreditloote 177,00, —. ungar. Prämien 117,75. Kreditaktien 321,10. Franzosen 317,00. Lombarden 145,50. Galizier 284,50. Kasch.-Ober. 150,75. Barbudiner 152,50. Nordwestbahn 183,50. Elisabethbahn 234,50. Nordbahn 252,00. Österreich. Ung. —. Türkische Loote —. Unionbank 108,40. Anglo-Aust. 115,25. Wiener Bankverein 110,40. Ungar. Kredit 320,50. Deutsche Blüze 59,45. Londoner Wechsel 121,50. Pariser do. 48,22. Amerikaner do. 100,90. Napoleon 9,65. Dukaten 5,70. Silber 100,00. Marknoten 59,45. Russische Banknoten 1,23, —. Lemberg-Garnowitz —. Kronpr. Rudolf 181,00. Franz-Josef —. Dug-Bodenbach —. Böhm. Westb. —. Elbthal 193,50. Tramman 211,80. Buschtrader —. Österreich. 6pro. Papier 96,30. Tabaksaktien —.

Wien, 9. Mai. (Abendbörse.) Ungarische Kredit-Aktien 320,00. Österreich. Kreditaktien 320,70. Franzosen 317,00. Lombarden 145,30. Galizier 284,75. Nordwestbahn 183,00. Elbthal 193,00. Österreich. Papierrente 81,10. do. Goldrente 101,75. ungar. 6pro. Goldrente 122,60. do. 4pro. Goldrente 92,47. do. 6pro. Papierrente 88,15. Marknoten 59,45. Napoleon 9,65. Bankverein 110,50. Tabaksaktien 157,00. Lombarden 145,30. Still.

Paris, 9. Mai. (Schluß-Course.) Fest.

3pro. amortist. Rente 79,92, —. 3 prozent. 78,87, —. 4prozentige Anleihe 107,82, —. Italienische 5pro. Rente 96,80. Österreich. Goldrente 84, —. 6pro. ungar. Goldrente 103, —. 4pro. ungar. Goldrente 78, —. 5pro. Russen de 1877 92, —. Franzosen 665,00. Lombard-Eisenbahn-Aktien 323,75. Lombard. Prioritäten 302,00. Türk. 1865 8,92. Türkische Anleihe —. Kredit mobilier 345,00. Spanier neue 61, —. Suezkanal-Aktien 214,00. Banque ottomane 67, —. Crédit foncier 1330. Egypter 333,00. Banque de Paris 882. Banque d'escompte 545,00. Banque hypothécaire —. Lond. Wechsel 25,17. övros. Rumänische Anleihe —.

Franz. Egyptien —. 5p. Priv. Titel. Oblig. 381,25. Tabaksaktien 577,50.

Paris, 9. Mai. (Boulevard-Berlehr.) 3 prozent. Rente 78,77, —. 4,5 p.C. Anleihe —. Spanier —. Türk. 8,95. Türkische Anleihe 46,50. Egypter —. Banque ottomane —. Tabaksaktien 578,00.

London, 9. Mai. Consols 101,44. Italienische 4prozentige Rente 96, —. Lombarden 12, —. 3pro. Lombarden alte 12. 3pro. do. neue —. 5pro. Russen de 1871 92, —. 6pro. Russen de 1872 92, —. Russen de 1873 93, —. 6pro. Türk. 1865 8, —. 4pro. fundierte Amerik. 125, —. Österreichische Silberrente 68, —. do. Papierrente —. 4pro. Ungarische Goldrente 77, —. Österreich. Goldrente 83, —. Spanier 61, —. Egypter neue —. do. unif. 65, —. Ottomanbank 16, —. Preuß. 4pro. Consols 102, —.

Suez-Aktien 84, —. Silber —.

In die Bank fließen heute 125 000 Pfd. Sterl. Blasdiplont 1, —. öst.

Newyork, 8. Mai. (Schlußkurse.) Wechsel auf Berlin 95, —. Wechsel auf London 4,86. Cable Transfers 84, —. Wechsel auf Paris 5,18. 4prozentige fundierte Anleihe —. 4prozentige fundierte Anleihe von 1877 123. Erie-Bahn-Aktien 16, —. Central-Pacific-Bonds 112, —. Newyork Centralbahn-Aktien 112, —. Chicago- und North Western Eisenbahn 110.

Geld leicht für Regierungsbonds 1, — für andere Sicherheiten ebenfalls 3 Prozent.

Produkten-Kurse.

Köln, 9. Mai. (Getreidemarkt.) Weizen hiesiger loko 18,50, freim. 19,00. per Mai 18,00. per Juli 18,00. per Nobr. 18,15. Roggen loko hiesiger 15,00. per Mai 14,20. per Juli 14,45. per Nobr. 14,45. Hafer loko 15,50. Rüböl loko 30,50. per Mai 29,60. pr. Ott. 29,00. Bremen, 9. Mai. Petroleum (Schlußbericht) schwach. Standard white loko 7,60. per Juni 7,65. per Juli 7,75. per August 7,85. per Aug.-Dezbr. 8,10. Alles Br.

Hamburg, 9. Mai. (Getreidemarkt.) Weizen unverändert, auf Termine rubig. per Mai 169,00 Br. 168,00 Gd. per Juni-Juli 171,00 Br. 170,00 Gd. Roggen loko unveränd. auf Termine rubig. per Mai 129,00 Br. 128,00 Gd. per Juni-Juli 129,00 Br. 128,00 Gd. Hafer u. Gerste unverändert. Rüböl loko 58, —. per Oktober 58,00. Spiritus unveränd. per Mai 39, — Br. per Mai-Juni 39, — Br. per Juli-August 40, — Br. per August-Septbr. 42, — Br. — Kaffee fest. Umfang 4000 Sad. Petroleum fest. Standard white loko 7,80 Br. 7,75 Gd. per Mai 7,65 Gd. per August-Dezbr. 8,15 Gd. — Wetter: Schlecht.

Amsterdam, 9. Mai. Bancazinn 54, —.

Amsterdam, 9. Mai. Getreidemarkt (Schlußbericht.) Weizen auf Termine unverändert. pr. November 248, —. Roggen loko 18,50, freim. 19,00. per Mai 18,00. per Juli 18,00. per Nobr. 18,15. Roggen loko hiesiger 15,00. per Mai 14,20. per Juli 14,45. per Nobr. 14,45. Hafer loko 15,50. Rüböl loko 30,50. per Mai 29,60. pr. Ott. 29,00. Bremen, 9. Mai. Petroleum (Schlußbericht) schwach. Standard white loko 7,60. per Juni 7,65. per Juli 7,75. per August 7,85. per Aug.-Dezbr. 8,10. Alles Br.

Hamburg, 9. Mai. (Getreidemarkt.) Weizen loko unverändert, auf Termine rubig. per Mai 169,00 Br. 168,00 Gd. per Juni-Juli 171,00 Br. 170,00 Gd. Roggen loko unveränd. auf Termine rubig. per Mai 129,00 Br. 128,00 Gd. per Juni-Juli 129,00 Br. 128,00 Gd. Hafer u. Gerste unverändert. Rüböl loko 58, —. per Oktober 58,00. Spiritus unveränd. per Mai 39, — Br. per Mai-Juni 39, — Br. per Juli-August 40, — Br. per August-Septbr. 42, — Br. — Kaffee fest. Umfang 4000 Sad. Petroleum fest. Standard white loko 7,80 Br. 7,75 Gd. per Mai 7,65 Gd. per August-Dezbr. 8,15 Gd. — Wetter: Schlecht.

Antwerpen, 9. Mai. Getreidemarkt (Schlußbericht.) Weizen flau. Roggen rubig. Hafer behauptet. Gerste fest.

Antwerpen, 9. Mai. Petroleummarkt (Schlußbericht). Raffinerie weiß, lots 19 bez. u. Br. per Mai — Br. per Juni 19, — Br. per Juli 19 Br. Septbr. 20, — Br. Rüböl.

Wien, 9. Mai. (Getreidemarkt.) Weizen per Mai-Juni 9,55 Gd.

9,60 Br. per Herbst 9,85 Br. 9,90 Br. — Roggen per Mai-Juni 8,18 Gd. 8,23 Br. per Herbst 7,92 Gd. 7,95 Br. Mais per Mai-Juni 6,63 Gd. 6,70 Br. per Juli-August 6,78 Gd. 6,83 Br. 6,88 Br. Hafer per Mai-Juni 7,62 Gd. 7,67 Br. pr. Herbst 6,83 Gd. 6,88 Br. Mais per Mai-Juni 6,13 Gd. 6,15 Br. Rohtraps per August-Septbr. 13, — a 13, —. Wetter: Brachvoll.

Paris, 9. Mai. Rohzucker 88, — ruhig. loko 39,75 a 40,00. Weizen Zucker weichend Nr. 3 pr. 100 Kilo per Mai 47,25. per Juni 47,30. per Juli-August 47,30. per Oktober-Januar 49,75.

Paris, 9. Mai. Produktumarkt (Schlußbericht.) Weizen rubig. per Mai 23,30. per Juni 23,60. per Juli-August 23,80. per Septbr. Dezember 24,25. — Roggen behauptet. per Mai 16,25. per Septbr. Dez. 17,25. Rüböl 9 Marques matt. per Mai 46,60. per Juni 47,30. per Juli-August 48,60. per Septbr. Dezbr. 49,90. Rüböl träge. per Mai 67,25. per Juni 68,00. per Juli-August 69,50. per Septbr. Dezbr. 71,25. — Spiritus matt. per Mai 44,25. per Juni 44,50. per Juli-August 45,25. per Septbr. Dezbr. 45,75. — Wetter: Schönen.

London, 9. Mai. Getreidemarkt (Schlußbericht.) Fremde Zufuhren seit letzten Montag: Weizen 87,370. Gerste 12,530. Hafer 28,470 Orts.

Weizen rubig, nur billiger verkauflich. angelommene Ladungen stetig. Mehl träge. Hafer rubig. Mais und Gerste fest.

Liverpool, 9. Mai. Baumwolle (Schlußbericht). U

